

Die Frau und der proletarische Klassenkampf

Es ist gewiß nicht immer leicht, alle in der Praxis des Kampfes auftauchenden Fragen marxistisch, also mit der Waffe des dialektischen Materialismus zu erheben. Aber notwendig und richtig ist es unbedingt und führt somit auch zum richtigen Ergebnis.

Die Frau ist nicht „ihrer Natur nach reaktionär“, wenigstens nicht mehr und weniger als der Mann im allgemeinen ist. Gewiß, sie nimmt eine besondere gesellschaftliche Stellung ein, ihr gesellschaftliches Sein stellt sie nicht so unmittelbar in den kapitalistischen Produktionsprozeß. Sie ist Frau und Mutter, ist Hausfrau. Der proletarische Kleinbetrieb, genannt Haushalt, mit den Kindern, die familiennützige Absonderung mit den verwandtschaftlichen Beziehungen und dem vielen Drumm und Drän ist die Quelle individuellen bürgerlichen Denkens. Die Gebundenheit der Frau als Hausfrau, ihr Interessenkreis, der sich auf die Familie beschränkt, bedingt ein solches Denken.

Wenn man nun einwendet, daß jahrhundertelange Tradition und Erziehung hier die Ursachen sind, so ist das schon richtig, daß die große Macht der Tradition schwer auf den Gehirnen der heutigen Menschen lastet und ihr Handeln beeinflußt. Das beweist aber auch nur, daß durch die Tradition die gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vergangener Epochen auf uns alle, und nicht nur auf die Frau, beeinflusst sind, wenn auch in unterschiedlichen Maße. Wir alle leben in einer bürgerlichen Welt und sind der bürgerlichen Beeinflussung unterworfen. Nur, weil der Mann durch die direkte Ausbeutung im Produktionsprozeß zum direkten Kampf, zur Organisation und zur Solidarität veranlaßt wird, ist es ihm leichter gemacht, bürgerliches Denken und Handeln zu überwinden. Wie „reaktionär“ er dabei dennoch sein kann, ersieht man oft genug an der Praxis des Familienlebens, wo er es ganz in der Ordnung findet nach bürgerlichen Methoden zu regieren, zu kommandieren und zu erziehen.

Ist nun die Frau nicht direkt im Betrieb ausbeutet, so wird sie es dennoch in ihrer Rolle als Frau, Mutter und Nebenverdienerin in doppelter und dreifacher Weise. Sie ist nicht proletarisch und ist eng verknüpft mit dem Mann. Ihre Befreiung im bürgerlichen Sinne befreit sie nicht vom proletarischen Klassenlos. Die Existenzsicherung im Kapitalismus, Arbeitslosigkeit und Krankheit, alles das trifft sie so gut wie den Mann. Es kommt auf das Bewußtwerden dieser Tatsache an. Die vielen Frauen und Mädchen, die seit Jahren schon mit im Erwerbsleben stehen, ob in der Fabrik, im Laden oder Kontor, können und müssen das leichter erkennen, trotz aller Tradition. Sie arbeiten mit den männlichen Klassengenossen zusammen. Für die revolutionäre Propaganda ist also der Weg zu ihnen nicht verschlossen.

Zur Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter

Die Weltwirtschaftskrise, die als Ursache hat den immer mehr schwindenden Absatzmarkt für das internationale Kapital, erfordert einen sich rapide steigernden Kampf der einzelnen kapitalistischen Staaten um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Das deutsche Kapital macht den Versuch, nicht hintenzugucken. Es kann diese seine Aufgabe nur realisieren, wenn das Proletariat auch mehr an der Kandarre genommen wird als bisher. — In die eigene Ruhe, die heute die noch in den Betrieben verbliebenen Arbeiter befällt — was ihren gelähmten Kampfwillen betrifft, platzt die Parole des Kapitals hinein: Soll die Wirtschaft wieder „angekurbelt“ werden, so lautet die Alternative für die Arbeiterklasse: Lohnabbau. Das ist heute das Feldgeschrei des Kapitals.

Seine Vorpostengefächte nach dieser Richtung führte es bereits gegenüber den Manstfelder Kumpeln und den nordwestdeutschen Metallarbeitern durch. Eine Berufsgruppe nach der anderen kommt an die Reihe. Mit seltener Zielklarheit wird die Zermürbung der Arbeiter durchgeführt.

Jetzt kommt die Berliner Metallarbeiter an die Reihe. Die Berliner Metallkönige haben den Lohn für die Metallarbeiter gekündigt und werfen mit seltemen Zynismus den Arbeitern den Knochen eines 15prozentigen Lohnabbaus hin. Die Gewerkschaften reagieren nach altbewährter Methode darauf. Grobes Geschrei über die „unverantwortlichen Kapitalisten, die mit den Arbeitern und der Wirtschaft spielen“, rascht es aus der Gewerkschaftsjournale und Stämpfers „Vorwärts“. Aber dieses Geschrei soll nur wie altbekannt ihre wirklichen Absichten verkörpern, die sie sind, daß sie die Note der Wirtschaft selbst vom kapitalistischen Standpunkt verstehen. Und so sind auch jetzt wieder die Gewerkschaften für einen Lohnabbau im Prinzip. Nachdem die Metallindustriellen den Gewerkschaften den Brocken mit den 15 Prozent Lohnabbau hinwarfen und darüber die Gewerkschaften in Verlegenheit gerieten, war das doch eine zu starke „Belastung“ für sie, hatten sie dann flugs ein Rezept bei der Hand, und zwar die 40 Stundenwoche mit „gerechtem“ Lohnausgleich.

Dieser „gerechte“ Lohnausgleich ist nach der Logik der Gewerkschaften aber so zu verstehen: die Arbeitswoche wird um ein Sechstel gekürzt (das wären 8 Stunden) und dafür die Stundenlohn um 7 Pfennig erhöht. Das bedeutet also bei Lichte gesehen, daß von dem geforderten 15prozentigen Lohnabbau 7 Prozent abgezogen werden, dann sind selbst die Gewerkschaften immer noch für einen Lohnabbau von 8 Prozent.

Hieran ersieht jeder Arbeiter, mit welchem Raffinement diese Gesellen bei der Arbeit sind, die die Proletariat über das Ohr zu hausen.

Sie stellten in den letzten Wochen überhaupt diese Arbeitsverkürzung in den Mittelpunkt ihrer Politik. Sie wurde verknüpft mit dem Erwerbslosenproblem, und den Arbeitern die Illusion eingehämmert, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit das Erwerbslosenproblem im Kapitalismus lösen könne. Dieser „Kampf um die 40-Stundenwoche“ ist genau solch Betrug wie

Und die Hausfrauen? Auch sie werden von der Klassenbewußtseinsentwicklung berührt und die Spuren dieser Entwicklung sind doch zu erkennen. Daß die Arbeiterpresse schwach ist, hat wenig zu sagen. Die harten Tatsachen der Wirklichkeit sprechen eine Sprache, die auch die Frauen verstehen lernen. Die Erkenntnis bricht sich Bahn auf allen Wegen. In tausend verschiedenen Kanälen dringt sie durch alle Wände hinein in den Kreis „höflichster Familienharmonie“. Und warum auch nicht im „trauten Familien- und Freundeskreise“ wird soviel Gesehieses und auch Dummes geredet. Es werden solche Mengen von Bier und anderen „geistigen“ Getränken genossen. Heute kommt man nicht mehr drumrum, auch den Geist des Kommunismus ins Haus zu lassen, man „muß“ auch reden über den untergehenden Kapitalismus. Und jede Frau, die dabei ist, „muß“ mitreden, oder doch mitdenken, denn die Produktions- und Klassenverhältnisse, das gesellschaftliche Sein, erfordert es, daß alle an diese Fragen denken müssen, so gut wie wir an Essen und Trinken denken müssen.

Organisatorisch kann man die Frauenfrage mit einer Resolution behandeln. In der Praxis aber kommt alles auf die Massen an. „Es kommt auf die Massen an“, das heißt, auf jeden einzelnen Kampf um ein, Hineinragen das proletarische Denken ins tägliche Leben. Da gibt es noch so viele Schwierigkeiten zu überwinden: Kirche, Religion, Taufe, Konfirmation, Erziehung der Kinder ohne Elternautorität. In all diesen Fragen kann man Konflikte mit den Frauen haben. Und das muß doch Spaß machen. Sie können sich der richtigen Erkenntnis doch nicht verschließen. Denn ihre proletarische Klasse befähigt sie ja zu dieser Erkenntnis. Und man kennt doch genug Familien und deren Frauen. Auch das ist eine Aufgabe, hier alle Möglichkeiten zu nutzen. Für die eine hat man ein Buch, eine Zeitung, für die andere einen bestimmten Artikel. Es gibt Versammlungen und Veranstaltungen politischen, kulturellen oder künstlerischen Charakters, für die man die Frauen interessieren kann. Frauen, die so am allgemeinen Leben voll Interesse beteiligt sind, die werden auch im politischen Leben nicht die schlechtesten sein.

Gewiß soll man sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Frau in organisatorischer Aktivität infolge ihrer häuslichen Gebundenheit sehr behindert ist. Das wird auch wohl in der Gegenwart so bleiben. Aber, ohne uns übertriebenen Erwartungen hinzugeben, können wir davon überzeugt sein, daß die proletarische Frau auch am proletarischen Kampf interessiert ist und teilnimmt am täglichen Erleben dieses Kampfes. Wenn wir schon nicht verantwortlich sind für die Zustände im Ehe- und Familienleben unserer Zeit, die den heutigen Frauentyp mitgestaltet haben, so können wir doch durch Erkenntnis und Willen vieles ändern. Und darauf kommt es letzten Endes an.

der Lohn des Proletariats gedrosselt werden soll. Es gilt für das gesamte Proletariat zu befragen, daß die Bewegung der Metallarbeiter eine Angelegenheit des Proletariats als Klasse ist. Denn im Zeitalter des monopolisierten Kapitalismus, der dauernden Krisen unterworfen ist, wo der ökonomische Druck auf das Proletariat immer stärker wird, werden die Interessen eines Berufs zu den Interessen der ganzen Klasse.

Die Berliner Metallarbeiter haben die Aufgabe gegenüber der jetzt einsetzenden Schlichtungsgeschiehe, mit dem Massenstreik zu antworten. Für das übrige Proletariat lautet die Parole: Aktive Solidarität, um den Massenkampf gegen die Offensive des Kapitals zu steigern zur revolutionären Klassenauseinandersetzung mit dem Ziel: Sturz des Kapitalismus. Denn dies ist seine ihm von der Geschichte gestellte Aufgabe.

Was sagt die Reichsversicherungsanstalt?

Zwei Drittel der Arbeitslosen im besten Alter fern. Nach der Statistik der Reichsversicherungsanstalt verteilen sich die Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung auf folgende Altersgruppen:

14 bis 21 Jahre	213 607 = 14,0 Prozent
21 bis 45 Jahre	987 611 = 64,9 Prozent
45 bis 60 Jahre	250 818 = 16,6 Prozent
über 60 Jahre	69 325 = 4,6 Prozent

Mehr als zwei Drittel der männlichen Arbeitslosen befinden sich im Alter von 21 bis 45 Jahren. Unter diesen erwachsenen Arbeitslosen wiederum werden die 21 bis 25jährigen und die 25 bis 30jährigen am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Beide Gruppen machen allein 34,9 Prozent des gesamten männlichen Arbeitslosenbestandes aus.

Nicht anders ist es in der Krisenunterstützung. Bei dieser Gruppe von Arbeitslosen scheiden die Jugendlichen aus, weil sie nach dem Gesetz keinen Anspruch auf Krisenunterstützung haben. Es verteilen sich hier die 244 767 männlichen Krisenunterstützungsempfänger auf folgende Altersgruppen:

21 bis 45 Jahre	168 725 = 68,9 Prozent
45 bis 60 Jahre	56 490 = 23,1 Prozent
über 60 Jahre	19 563 = 8,0 Prozent

Auch hier das gleiche Bild: Auch in der Krisenunterstützung stellen die Arbeiter in den mittleren Jahren den größten Prozentsatz; über zwei Drittel aller Krisenempfänger sind noch nicht 45 Jahre alt. Auch hier stehen die 25 bis 30jährigen an der Spitze. Sie allein stellen 18 Prozent der Krisenunterstützten.

So wird durch die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise die menschliche Arbeitskraft in Millionen in den besten Jahren lahmgelegt und infolge der langen Dauer der Erwerbslosigkeit bei den Hungerzerrissen die Leistungsfähigkeit herabgemindert. Höher kann der Irrsinn der heutigen „Ordnung“ nicht zehet.

„Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn geht in Erfüllung“

Für 300 000 Eisenbahner Fehlschichten mit Lohnkürzungen. Am Freitag voriger Woche wurden Verhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion und den Eisenbahngewerkschaften geführt, die sich mit der Absicht der Reichsbahnverwaltung von Einleitung von Fehlschichten bei gleichzeitiger Lohnkürzung beschäftigten. Die Verhandlungen verliefen zunächst ergebnislos. Die Gewerkschaften, die ja immer Verständnis für die „Nöte“ des Kapitals zeitigten, bemerkten hierbei, daß sie der „schwierigen Lage der Reichsbahn Rechnung tragen würden“. In den nun am Montag stattgefundenen Verhandlungen beiderseits kam es zu einer Verständigung. Die Abmachungen beiderseits sprechen davon, daß sich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft verpflichtet, bis zum 31. März 1931 in der Bahnunterhaltung und in den Reichsbahnausbeverkswerken planmäßige (?) Entlassungen im größeren (?) Umfang nicht vorzunehmen.

Demgegenüber heißt es so:

1. Für die Bahnunterhaltungsarbeiter für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1930 eine Arbeitsverkürzung von 9 auf 8 Stunden pro Tag für den Monat Oktober und eine Fehlschicht von 8 Stunden für den Monat November.

2. Für die Arbeiter der Reichsbahnausbeverkswerke wird für die Monate Oktober, November, Dezember die Arbeitszeit von 8½ Stunden pro Tag festgesetzt. Daneben sollen in diesen Monaten 5 Fehlschichten mit 40 Arbeitsstunden möglich auf alle Arbeiter gleichmäßig verteilt werden.

So sieht das Arbeitsbeschaffungsprogramm aus, das vor den Wahlen so bombastisch verkündet wurde, welches Tausenden von Arbeitern Arbeit bringen sollte. Es ist zu berücksichtigen, daß bei dieser Arbeitsverkürzung ein Lohnausgleich nicht in Frage kommt. Der „Vorwärts“ verkündet, daß dieser Korbhandel der Gewerkschaften mit der Reichsbahn ein „Akt der Solidarität“ sei, der Tausende von Arbeitern vor der Arbeitslosigkeit bewahrt.

Organisatorische Mitteilungen

Rheinland-Westfalen. Ende Oktober oder Anfang November findet eine Bezirkskonferenz statt. Wir ersuchen alle Ortsgruppen jetzt schon die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Ort, Lokal und Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Bezirksausschuß Allgemeine Arbeiter-Union. Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen.

Groß-Berlin. Verbandsversammlung. 2. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malpladenstr. 24.

6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Rebe. Gitschinerstr. 88.

14. Bezirk. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchstr. 5.

17. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneeweide, Brückenstr. 3.

17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitz, Gürtelstr. 38.

Nowawes. Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärversammlungen der Partei und Union statt.

Für den Pressefonds gingen im September ein: Ludwig 150.— Mk., O. F. Wrielen 1.— Mk., H. Unglenk, Chemnitz 1.— Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 41

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 11. Oktober 1930

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7832.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 629 42. Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,68 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

Millionen sollen verhungern! Die Sozialdemokratie singt Ihnen den Grabgesang

Die parlamentarischen Parteien haben ihrer vaterländischen Pflicht genügt, haben „abgerechnet“, in der Hoffnung, daß bald wieder alles in schönster Ordnung sein wird. Zwar wird es immer noch einige Stürme im Wasserglase, einige schmerzhaft nutzlose Verhandlungen beim Reichspräsidenten geben; trotzdem hinter den Kulissen unter den „Köpfen“ zugestanden, normaler kein Zweifel darüber besteht, alles daran zu setzen, die „Schwierigkeiten“ zu meistern. Wohl möglich, daß der eine oder der andere bei seinem Auftrage eine neue Regierung zu bilden, scheitert, seinen Auftrag zurückgeben, um dann unter Zuhilfenahme von „Opfern auf beiden Seiten“ die Sache zum Abschluß zu bringen.

So war der Gang der Dinge bei allen früheren Regierungsgewechseln. Jedoch stehen die Fragen, derenwegen der alte Reichstag aus Zeitliche segnen mußte, weit wohl zur Melodie der Notverordnungen der großen Haufen der Diätenhengste nach allen parlamentarischen Kränzen das Maul spitzen, aber nicht pfeifen wollte, heute noch viel stärker als zuvor im Vordergrund.

Reichskanzler Brüning hat schon vor den Wahlen bei einem Presseinterview mit dem Chefredakteur der WTB ganz unzuweilend an die Adresse der neuwählenden parlamentarischen Possenreißer erklärt, daß die Regierung aus dem neuen Reichstag hervorgeht, kein grundlegend anderes Programm und dem neuen Reichstag nur die Aufgabe zufällt, diesen Notverordnungen legale Gesetzesform zu verleihen.

Alles was die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften an Politik der Brüning-Regierung vor den Wahlen bis ins kleinste ausschalteten, war nur Demagogie. Eine freche Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Arbeiter, die an der langjährigen Praxis sozialdemokratischer Betrugspolitik eigentlich für die Interessen der Arbeiter klumpen kann. Dies hier noch im besonderen aufzuzeigen, wäre ein vollkommen müßiges Beginnen.

Auf dem Berliner Bezirksparteitag der SPD. trat aber auch zutage, daß die Vergeßlichkeit der Arbeiter auch ihre unvermeidliche Kehrseite hat. In ihrer politischen Naivität verlangte dort ein Teil der Delegierten, daß die Partei das, was sie vor den Wahlen versprochen hatte, im neuen Reichstage wahr-machen sollte. Die „Nördel“ aber, die absolut darauf verpicht waren, die Notverordnungen der Brüning-Regierung im Reichstags abzulehnen, behielt der Figaro-Regierung wie folgt: „Mit einer glatten Ablehnung sei nichts geschehen. Kein Mensch weiß, ob sich außerparlamentarische Kampfmittel nicht gegen die Arbeiterschaft selbst richten würden. Nur in Zeiten wirtschaftlicher Prosperität ist die Arbeiterschaft kampftüchtig. ... Vieles hätten wir jetzt weniger zu tolerieren, wenn wir im neuen Reichstag mehr toleriert hätten. ... Wir verlieren nichts, wenn wir im Parlament nicht alles durchsetzen und die Demokratie, wenn wir nicht eine sehr vorsichtige und kluge Politik treiben.“ Im übrigen mißte die Sozialdemokratie sich dafür einsetzen, daß die Notverordnungen „in Gesetzesform umgewandelt und verbessert werden“.

Der Parteivorstand aber läßt den stinkenden opportunistischen Standpunkt der Sozialdemokratie wie folgt „rechtfertigen“. „Wer uns seine Stimme nicht gab, braucht sich nicht unterliegen, wenn die Partei bei Forderungen im Parlament Sozialdemokratie und Gewerkschaften wissen nur zu gut, daß selbst ein läppisches parlamentarisches Mißtrauensvotum gegen die Brüning-Regierung die Preußen-Koalition erledigt, die auf der Grundlage der erlassenen „Notverordnungen“ ihre „kluge und vorsichtige Politik“ treibt.

Diese Zusammenhänge betrifft die „Opposition“ nicht, oder sie will sie vielmehr nicht befragen. Sie begreift auch nicht, daß hinter dem läppischen Papierstreifen von „Mißtrauensvotum“ gegen die Faschistenherrschaft und Brüning und

Aus dem weiteren Inhalt heben wir hervor: Die Wirtschaftskrise in England und ihre politischen Perspektiven. Die Festsicherung Österreichs. Das Brüningsche Programm im Spiegel der ausländischen Presse. „Polizeiimpfen“ und härtere Waffen nicht aus dem Dienst stellen. Das ist Severings Parole für den kommenden Hungerwinter.

Hindenburg noch etwas anderes steht: Der Winter, in dem sich die Wirtschaftskrise erst richtig auswirken wird. Nach dem „Reformprogramm“ der Regierung müssen Millionen verhungern! Und die sollen — frei nach Hilferding — im Namen des Deutschtums verhungern. Die Regierung braucht eine parlamentarisch-juristische Plattform für ihr Ausbeuterprogramm gegen das Proletariat. Diese ideologische Gehirnverleumdung, das ist die historische Aufgabe der Sozialdemokratie, das war sie bei Beginn der Massenabschlachtung bis zum völligen Ausbleiben. Das ist sie auch heute.

Der Schein dieser verlogenen Schein von Demokratie ist, trotzdem das Kapital auf die Steigerung der Produktion auf die Spitze getrieben wurde. Aus Millionen Arbeiterleichen soll der Profitmaschine Kapitalismus zugeführt werden. Die Millionen, die in den Riß der Zeit springen sollen, singen ihm Huld und Braut den demokratischen Grabgesang. Und Gift und Gas neben dem Raubzug durch ihre Notverordnung für viele, vielen Tausendmarktscheine, die sie dafür erstehen singt mit, weil sie vom Kapitalismus mitressen dürfen.

Ob auch die Arbeiter, die ehlich, aber bis zum Gotterbarmen Kampf führen, das sie dem demokratischen Geschwätz sagen recht schwer fallen. Ihnen dürfte dieser Gevorsang, daß ihnen recht spürbar im Magen wiederhallen würde.

Die Berliner Metallarbeiter spüren das schon zum schreien deutlich. Aber auch hier gilt es auf der Hut zu sein. Es vor von vornherein eine Niederlage. Und das bedeutet eine Niederlage für das ganze Proletariat!

Von hier wird die Front nur aufgezogen! Von hier muß die Fata-Morgana von RGO. Mit einer „Opposition“ innerhalb des Kampfes führen. Die Entlassungen des Proletariats gegen den Kapitalismus sind der daraus folgende Angriff muß Sache des ganzen Proletariats sein! Es ist kein anderes Ziel mehr, als der Sturz des Kapitalismus! Die Grabreden der Sozialdemokratie und Gewerkschaften — das ist der letzte Versuch der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der Versuch der KPD, diesem stinkenden Kadaver durch „Opposition“ Leben einzuhauchen, ist die schlotternde Zentrümung der Gewerkschaften und die Aufrechterhaltung der organisierten Klassenfront; die Betriebsorganisationen als verbindende Einheit der Klasse. Der Kampf auf der ganzen Linie zum Siege.

Einen anderen Weg gibt es nicht.

Der deutsche fünfjahresplan

Die kapitalistische Entwicklung verlangt ein Finanz- und Wirtschaftsprogramm, das sich gleichzeitig auf mehrere Jahre erstreckt. Der Grund hierfür liegt in der ungeheuren Weltwirtschaftskrise, deren zeitweise Überwindung nur mit ganz außergewöhnlichen Mitteln erreicht werden kann. Durch die Krise sind alle Etatsberechnungen über den Haufen geworfen. Jede drei Monate ist eine neue Sanierung fällig. Der Einnahmeausfall an Steuern und Zöllen steigt, ebenso wie die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung immer mehr zunehmen. Immer neue Teile der Wirtschaft werden stillgelegt. Der Interessenthaufen verlangt täglich neue Subventionen. Die Kapitalflucht steigert sich, die Geldbesitzhaltung wird immer schwieriger. Die Zinssätze ziehen an. Das Kassendefizit wächst ständig. Am 31. Juli betrug die schwedische Schuld 1900 Millionen. Das Reich nimmt jetzt nochmals einen sogenannten Ueberbrückungskredit von 400 Millionen auf, um das Defizit, das jetzt noch auf 750 bis 900 Millionen Mark veranschlagt ist, teilweise zu decken. Die schlechte Währungsfrage hat die Reichsbank gezwungen, innerhalb von 2 Wochen 500 Millionen Mark an das Ausland zu decken, um den Kurs der Mark zu halten. Es mußten erst jetzt wieder weitere 35 Millionen Mark Gold an Frankreich abgegeben werden. Bei dieser Finanzlage beabsichtigt noch die Regierung Brüning die schwedende Schuld in drei Jahren mit 100 Millionen Mark zu tilgen. Die Tilgung von 400 Millionen Mark vorsah, ist durch die Krise nun um ein Jahr verschoben. Es dürfte noch ein weiteres Jahr, die Herrschaft der Regierung Müller im vergangenen Jahr zu der Uebernahme dieser Verpflichtung zwang. Die damaligen Hoffnungen auf eine Besserung der Wirtschaftslage haben sich als eine vollkommen falsche Einschätzung der wirtschaftlichen Situation erwiesen. Heute geht derselbe Herr Schacht, welcher im Mai 1929 an der Pariser Konferenz den Vorschlag für die Reparationszahlungen hinstellte, Er treibt diese Propaganda, die sich sagen muß, daß dadurch die Aussichten auf Erlangung ausländischer Kredite völlig untergraben werden. Der Reichskanzler Brüning sieht sich gezwungen, geht dahin, daß eines Tages doch die Regierung Brüning diese Forderung stellen muß. Die Haltung von Schacht beweist, daß das deutsche Bankkapital die Zukunftsaussichten für außerordentlich katastrophal hält, sonst wäre diese Haltung von Erklärung des gesamten deutschen Kredit auf dem Weltmarkt unentbehrlich. Dies geschieht, trotzdem ihm bekannt ist, daß die Beanspruchung eines solchen Kredites die weitere Fortentwicklung der deutschen Wirtschaft fast unmöglich ist. Der von der Reichsregierung vorgesehene vollkommene Abbau der schwedischen Schuld innerhalb drei Jahre ist genau so maßlos, wie es die Rückzahlung der 450 Millionen gegen den Kapitalkredit in diesem Jahre gewesen ist. Das Entente-Kapital denkt gar nicht daran, sich auf dem Wege des Moratoriums eine Revision des Youngplans erpressen zu lassen, zu dessen offener Zerreißung das deutsche Kapital auf Hitlerprogramm propagiert Herr Schacht als letzten Ersatz für die revolutionäre Forderung der „Antyyoungplanisten“.

Es Anbetrachtung alles legal zu. Es kommt nur darauf an, es zu lassen. Das Entente-Kapital denkt gar nicht daran, dem deutschen Kapital weiter imperialistische Aufbaumöglichkeiten zu lassen. Es ist sich sehr wohl darüber klar, daß das deutsche Kapital ein Moratorium nur benutzen wird, um in dem Kampf gegen das Entente-Kapital besser gerüstet zu sein. Es entgeht ihm auch nicht, daß trotz aller Not der Reichswehr von dreiviertel Milliarden Mark nicht um einen Pfennig abgeben wird.

Die Berliner Metallarbeiter spüren das schon zum schreien deutlich. Aber auch hier gilt es auf der Hut zu sein. Es vor von vornherein eine Niederlage. Und das bedeutet eine Niederlage für das ganze Proletariat!

Von hier wird die Front nur aufgezogen! Von hier muß die Fata-Morgana von RGO. Mit einer „Opposition“ innerhalb des Kampfes führen. Die Entlassungen des Proletariats gegen den Kapitalismus sind der daraus folgende Angriff muß Sache des ganzen Proletariats sein! Es ist kein anderes Ziel mehr, als der Sturz des Kapitalismus! Die Grabreden der Sozialdemokratie und Gewerkschaften — das ist der letzte Versuch der parlamentarisch-gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der Versuch der KPD, diesem stinkenden Kadaver durch „Opposition“ Leben einzuhauchen, ist die schlotternde Zentrümung der Gewerkschaften und die Aufrechterhaltung der organisierten Klassenfront; die Betriebsorganisationen als verbindende Einheit der Klasse. Der Kampf auf der ganzen Linie zum Siege.

Einen anderen Weg gibt es nicht.

Die Faschisierung Oesterreichs Wider Seipel

Wien, den 7. Oktober.
Die Wachmann-Regierung hat ein verhältnismäßig rasches Ende gefunden. Vor etwa einem Jahre, als die Klassengegensätze sich derart zuspitzten, daß man im Ausland bereits den Eindruck des Bürgerkriegs in Oesterreich hatte, sahen sich die Wiener Banken gezwungen, im Interesse der Kreditstabilität ihren besten Kämpfer Seipel zu beurlauben und ein Regime aufzusetzen, welches den Eindruck der Mäßigung und gesicherten Ruhe erwecken sollte. Kurz entschlossen stellten sie den Wachmann Schober, mit dessen Vorstellung sich der „Begriff eines geregelten Verkehrs“ verbindet, auf den Bundeskanzlerposten. Man verbot ihm einfach, seine Rückert-Gedichte aufzusetzen und wies ihn an, sich streng an die Zettel zu halten, die er in die Hand bekam, damit er auch den Eindruck eines großen Staatsmannes machen sollte. Und wenn in der Monarchie das Lesebuch in der Hand, aus Kreisläufen und Familienkreisen weise Herrscher zu machen, welche die Geschichte der Völker leiten, so bewies in der Republik die Bonnevafresser, daß sie die gleiche Macht besaß. Aus Schober wurde ein großer Diplomat und Staatsmann gemacht, zur berechtigten Erbitterung Seipels, der nun diesen Schöps, welchem er ja das Schicksal am 15. Juli nur anbefohlen hatte, die Früchte seiner Politik einerten sah. Von Anfang an versuchte er, die Schober-Regierung zu Fall zu bringen, was ihm die Sozialdemokratie, Schobers glühendste Verehrerin, am meisten übernahm.

Nun ist auch Seipels Tag wiedergekommen. Die Bourgeoisie begreift, daß sie eine Schober-Regierung nicht mehr breuht, weil sie es gar nicht mehr nötig hat, das Proletariat zu versöhnen, und mit jener Kaschheit des Handelns, welche der herrschenden Klasse eigenlich ist, wurde schon vor den Wahlen die Seipelregierung wieder eingesetzt.

Bundeskanzler ist einer der Hauptmänner Seipels, der Fahrwerksbesitzer Vassallo, dessen Druckgeschäft nun wochenlang die illustrierten Blätter noch greulich machen wird, Minister des Äußeren ist Seipel, Minister des Innern der Heimwehrführer „Fürst“ Starbamerberg. Mit dieser Regierung will die Bourgeoisie zunächst in der parlamentarischen Zeit bis zu den Wahlen möglichst vieles unter Dach und Fach bringen (von seinem Kutenbräu Bräutigam hat offenbar sogar Seipel noch etwas lernen können), und dann soll der verschärfte Kurs natürlich auch einen verschärften Wahlterror vorbereiten.

Die Sozialdemokratie ist trotzdem guter Hoffnung. Der Modereruch des Parlamentarismus und Wahlkretinismus ist für sie ein belebender Odem, förmlich während und erfrischt ist sie, weil sie wieder einen Wahlkampf machen kann. Die Mangelreize schwingen wieder große Reden, fordern die Massen auf, mit dem Stimmzettel die „Reaktion“ hinwegzufegen; die Stimmung ist fast wie im April 1927, zur Zeit des größten Wahlsieges der SPD. — drei Monate vor dem 15. Juli ...

Die beiden Wahlschlagere der Sozialdemokraten sind der Fall Strafella und das Volksbegehren. Strafella ist ein Fa-

schist, welcher zum Generaldirektor der Bundesbahnen eingesetzt werden sollte. Die Sozialdemokraten haben nachgewiesen, daß er sich mit Häuserschiebungen beschäftigte und riesige Steuersummen hinterzogen hat. Das Gericht hat das bestätigt, und trotzdem hat die Seipel-Regierung Strafella eingesetzt. Die Sozialdemokratie hofft nun die Wahl zu gewinnen, da die kleinbürgerliche Moral durch die Bestellung eines Schiebers auf einen der höchsten Staatsposten in ihren heiligsten Gütern verletzt ist. Die Bourgeoisie fürchtet sich aber nicht, die Faschisierung der Bahnen durch Strafella ist ihr wichtiger als der Gewinn von Stimmzetteln, da sie sich hygienisches Klosettpapier leisten kann. Als zweiten Wahlwitz hat die SP. ein Volksbegehren zur Aufrechterhaltung der Altersversicherung veranlaßt; um diesen blödsinnigen Schwundel ganz klar machen zu können, müssen wir die österreichische Verfassung zitieren. Artikel 1 lautet: „Oesterreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volke aus.“ — Abgesehen davon, daß es mehr auf die Gewalt ankommt, die von der Bourgeoisie ausgeht, wollen wir uns einmal anschauen, wie weit auch nur das formale Recht vom Volk ausgeht. Artikel 4: „Jeder von 200 000 Stimmberechtigten gestellte Antrag (Volksbegehren) ist von der Bundesregierung dem Nationalrat zur Geschäftsordnungsmaßnahme Behandlung vorzulegen. Das Volksbegehren muß in Form eines Gesetzentwurfes gestellt werden.“ Und wer entscheidet

Frankfurt a. M.
Öffentliche Versammlung
am Sonnabend, den 1. November 1930, abends 9 Uhr, im Restaurant Peter Hill, Große Seestr. 5.
Arbeiter erscheint in Massen! — Freie Aussprache! KAP. AAU.

über den Antrag? Artikel 43: „Einer Volksabstimmung ist jeder Gesetzesentwurf des Nationalrates zu unterziehen, wenn der Nationalrat es beschließt oder die Mehrheit der Mitglieder des Nationalrates es verlangt.“ Es gibt also keine vom Parlament unabhängige Volksabstimmung. Nur wenn der Nationalrat ein Gesetz beschließt, kann er außerdem beschließen, es auch noch durch das Volk beschließen zu lassen! Diesen idiotischen Trick hat man in die Verfassung hineingekommen, um dem „Volk“ vorzutäuschen, das das „Recht“ tatsächlich von ihm ausgeht. Und mit einer solchen Mache von einer Volksabstimmung, die es gar nicht gibt, kommt die SP. daher, während die Bourgeoisie zielbewußt und unverwandt Stein um Stein den faschistischen Hungertüren aufbaut.

Nur wenn das Proletariat begreift, daß die Zeit der papierenen Illusionen vorbei ist und es gegenüber dem Gewaltapparat der Bourgeoisie seine eigene proletarische Gewalt anrichten muß, gibt es eine Rettung aus der faschistischen Barbarei, vom Joch des Kapitalismus überhaupt.

Schlichtungsmaschine und Lohnabbauoffensive

Mehrarbeitsabkommen verlängert!

Das Mehrarbeitsabkommen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vom 20. Dezember 1928, das von den Arbeitsstellenverwaltungen zum 30. September 1930 gekündigt worden war, ist durch Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Schiedsrichters mit geringen Abänderungen ab 1. Oktober 1930 wieder in Kraft gesetzt worden. Die Kündigung ist zum Vierteljahresbeschluß möglich. So verstehen die „Sonderschlichter“ die Unternehmerinteressen zu meistern.

4 Prozent Lohnabbau im ober-schlesischen Bergbau.

Der Lohnstreit im ober-schlesischen Steinkohlen- und Erzbergbau wurde am 2. Oktober zwischen den Tarifkontrahenten ergebnislos verhandelt. Die Schlichterkammer unter dem Vorsitz des Sonderschlichters Professor Dr. Braum füllte einen Schiedsspruch, der für den ober-schlesischen Steinkohlenbergbau die Beibehaltung der bestehenden Lohnsätze vorsieht. Für zwei Erzgruben jedoch, die angeblich unter besonderen Verhältnissen arbeiten sollen, ist eine Lohnkürzung um 4 Prozent eingetret.

Schiedssprüche für Berlin.

Die Berliner Platzhändler hatten das Lohnabkommen für die Bretterträger gekündigt. Sie verlangten einen Lohnabbau von durchschnittlich 20 Prozent, während die Bretterträger die Forderung von 20 Prozent Lohnhöhung stellten. Die Gewerkschaftsbürokratie hatte nichts anderes zu tun, als nach altbekannter Art den Schlichtungsausschuß anzurufen. Jetzt ist ein Schiedsspruch gefällt worden, wonach das Lohnabkommen mit den alten niedrigen Löhnen bis zum 31. Januar 1931 verlängert wird. Die Bürokraten haben dem Schiedsspruch ihre Zustimmung gegeben. Was kümmert ihnen der Wille der Mitglieder; die haben eben zu kuscheln.

Am Dienstag, den 30. September wurde für das Berliner Speditionsgewerbe ein Schiedsspruch gefällt, welcher das zum 1. Oktober gekündigte Lohnabkommen unverändert bis zum 31. Januar 1931 verlängert. Auch hier kehrten sich die Gewerkschaftsbürokraten einem Druck an die Forderung der Mitglieder, welche eine Lohnhöhung wollten. Da die Unternehmer einen zehnprozentigen Lohnabbau forderten, gaben die Bonzen dem alten verlängerten Schiedsspruch ihre Zustimmung.

Weitener Lohnabbauvorschlag im ganzen Reich.

Nachdem die Berliner Metallindustriellen nun dabei sind, den Lohnabbau den Berliner Metallarbeitern aufzutrotzen, regt sich nun auch das Metallkapital im ganzen Reich, um eben-

falls den Lohnstandard der Arbeiter anzutasten. In Pommern, Brandenburg und in der Lausitz, sowie in Schlesien sind die Lohnsätze der Metallarbeiter gekündigt worden. Überall wird getreu dem Beispiel der Berliner Kollegen ein Lohnabbau von 15 Prozent gefordert. Vorläufig sind aber noch die Tarifverträge bis zum 14. Oktober verlängert worden, um schließlich abzuwarten, wie die Dinge sich in Berlin gestalten werden.

In Bielefeld kündigten die Unternehmer ebenfalls den Tarif und diktierten eine Lohnherabsetzung um 20 Prozent.

Im Wirtschaftsgebiet Mainz, Wiesbaden und im Rheingau bezirk kündigten die Unternehmer ebenfalls den Tarifvertrag mit dem Zweck, Lohnherabsetzungen vorzunehmen. Für das Gebiet Hessen-Nassau, wozu die Städte Frankfurt, Offenbach, Darmstadt und Hanau gehören, wurde ebenfalls das Lohnabkommen von den Unternehmern gekündigt. Die Hannoverische Metallindustrie hat den Lohnsatz zum 31. Oktober gekündigt, und hier wie überall wird ein Abbau der Löhne gefordert und zwar um 20 Prozent.

Und schließlich kündigten auch die Unternehmer des Aachener Steinkohlenbergbaus den Lohnsatz, um eine Lohnsenkung zu erzielen.

So eröffnet konzentriert das Kapital den Angriff auf den Lohnstandard des Proletariats. Wo die Arbeiter hier und dort aufbegehren gegen die Offensive des Kapitals, verlieren sie sich in kleine Teilstreiks, die zum Scheitern verurteilt sind; denn die Verzagtheit müßte längst dem Proletariat zum Bewußtsein gebracht haben, daß dem stark konzentrierten, monopolisierten Kapitalismus nur beizukommen ist durch die solidarische Massenkraft des gesamten Proletariats. Die Gewerkschaften können kein Interesse mehr an Kämpfen haben, weil sie auf Gedeih und Verderb mit der kapitalistischen Wirtschaft verbunden sind. Sie liefern bei jeder Gelegenheit das Proletariat dem Schlichter aus, jetzt erst wieder bei den Berliner Metallarbeitern, mit dessen Beil die Arbeiter erdröselt werden. Die Entwicklung der Verhältnisse werden jedoch das Proletariat als Klasse zum Selbsthandeln zwingen. Die Voraussetzung dafür jedoch ist die Lösung von der an der Erhaltung des Kapitalismus interessierten Gewerkschaftsbürokratie.

Die organisatorische Form proletarischen Selbsthandels, das ist die Klassenorganisation des Proletariats, aufgebaut in den Betrieben, in der die Arbeiter selbst über ihre Geschicke bestimmen. Das Proletariat muß diesen Schritt gehen, will es überhaupt nur einen Schritt weiter kommen zur Durchbrechung der kapitalistischen Lohnsklaverei.

Die Fim der Entlassungen nimmt kein Ende

Die Bergbauabteilung Gelsenkirchen der Vereinigten Stahlwerke A.-G. nimmt zum 1. November umfangreiche Kündigungen vor. Von der Kündigung werden insgesamt 2600 Beschäftigte erfaßt, die sich auf die Zechen „Nordstern“, „Graf Motke“, „Holland“, „Pinto“, „Stahlverein“, „Rhein-Elbe-Alma“ und „Bonifatius“ verteilen. Der Rückgang der Förderung wird, so erheblich sein, daß die zukünftige Förderung nach Durchführung der Kündigungen voraussichtlich dem Absatz angesetzt sein wird. Weitere Kündigungen dürften deshalb nicht mehr in Frage kommen; allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sich der Absatz nicht verschlechtert.

Die Friedrich-Alfred-Krupp-Hütte in Rheinhausen hat eine große Anzahl ihrer Angestellten — annähernd 30 Prozent in den einzelnen Büros Kündigungsschreiben zugesandt, in denen das Anstellungsverhältnis zum 31. Oktober bzw. zum 31. Dezember gekündigt wird. Zur Zeit sind etwa 1150 Beamte auf dem Werk beschäftigt. Die Entlassungen dieser Angestellten werden damit begründet, daß die augenblickliche schlechte Wirtschaftslage und der Umstand, daß eine Besserung nicht zu erwarten sei, die Veranlassung ist.

Die Bautzener Eisenblech- und Maschinenfabrik, die vor kurzem ihre Zahlungen eingestellt hat, hat nach Genehmigung sämtlichen Arbeitern sowohl von Angestellten gekündigt.

Ebenso hat die NAG (Bla) eine Reinigungsaktion unter ihren Angestellten vor. Von den 330 Angestellten sollen nicht mehr als 150, und zwar die an Dienst- und Lebensjahresältesten Angestellten (darunter befinden sich solche mit einer Beschäftigungsdauer mit nicht weniger als 27 Jahren) gekündigt werden.

Das Kapital kennt eben kein Pardon.

Sichende Arbeitslosigkeit in England

Vor Wochen verkündete die sozialdemokratische Presse, daß es der englischen „Arbeiterregierung“ gelungen wäre, infolge Notstandsmaßnahmen das Steigen der Arbeitslosigkeit einzudämmen. Und so etwas nannte man praktische „Arbeiterpolitik.“ Jetzt hat diese praktische Arbeiterpolitik ein Loch bekommen. Die Notstandsmaßnahmen der MacDonald-Regierung konnten nicht verhindern, daß die Arbeitslosigkeit erneut im Vergleich zur letzten Woche um 6245 auf 2 169 658 erhöht. Daß auch die „Arbeiterregierung“ mit irgendwelchen Fallstricken an diesen Dingen nichts ändern kann, das erklärte erst unlängst auf dem Parteitag der englischen Arbeiterpartei die Präsidentin Lawrence. Sie führte aus: „Leider hat die heutige Arbeiterregierung nicht den geringsten Einfluß auf die durch das kapitalistische System erzeugte Tragödie ... Diese weltweite Katastrophe der Massenarbeitslosigkeit ist der Sondertribut, den heute die Arbeiterklasse aller Nationen dem kapitalistischen System schuldet.“

So wird hier ganz offen der Bankrott des Reformismus gesteckt, und auch dem englischen Proletariat offenbart, daß die Überwindung dieser Katastrophe nur möglich ist durch den revolutionären Klassenkampf und die Überwindung des kapitalistischen Systems.

Organisatorische Mittellungen

Groß-Berlin

- Versammlungsberichte:
- 2. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplastr. 24.
- 6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Kolbe, Gilschenerstraße 28.
- 14. Bezirk. Jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Neumann, Kirchhofstr. 5.
- 15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschönefelder, Brückenstr. 3.
- 17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitz, Gürtelstr. 28.

Nowawes

Alle Freitage, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Walstr. 62, die Funktionärsversammlungen der Partei und Union statt.

Rheinland-Westfalen

Einde Oktober oder Anfang November findet eine Bezirkskonferenz statt. Wir ersuchen alle Ortsgruppen jetzt schon die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Ort, Lokal und Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Bezirksausschuß Allgemeine Arbeiter-Union

Ortsgruppe München

Jeden Mittwoch, abends 8 Uhr, finden Zusammenkünfte in der Augustinerkloster, Baaderstr. 66, statt. AAU.

Wo taue ich die „KAZ“ am nächsten?

- Zeitungskiosk am Isartor:
- „Müllerstraße, Ecke Thalkirchnerstraße;
- „Festlandstraße;
- und abends in folgenden Lokalen:
- Gasthaus „Gambrius“, Sendlinger Straße;
- „Metzger, Tal;
- „Soller, Tal;
- „Schwane, Zweibrückenstraße;
- „Lothringer Bierhalle“, Lothringer Straße.

Pressefondnachtrag für Monat September.

15. Bezirk: Th. 4. — Mark.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Thies, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isenhardt, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle monatlich die obenstehende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

zur Zeit in Berlin

Die Bestellungen für die Deutsche oder polnische sind die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Post:

Telefon:

Strasse:

11. Jahrg. Nr. 42

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 18. Oktober 1930

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13. Telefon: Oberbaum F 8 7632.

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenplatz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,75 und monatlich 0,68 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Metallarbeiter! Keine Vogel-Strauß-Politik!

Wir könnten uns die Sache einfach machen. Wir könnten mühen, daß die Berliner Metallarbeiter eine große Schlacht schlagen, daß sie in der vordersten Reihe stehen, daß — wie Heinz Neumann meint — die Metallarbeiter nach der papierernen Antwort am 14. September nun die metallene! Antwort geben, daß die Bourgeoisie zu zittern beginnt. — Wir müssen aussprechen, daß all dies verantwortungsloses, konterrevolutionäres Geschwätz ist. Es geht hier um ganz andere Dinge, als darum, ein Strohhalm zu entzücken, um nach der Bescherung vom Katzenjammer gepackt zu werden, und über Verräter zu schreien, um den eigenen Bankrott zu verschleiern.

Ein kurzer Hinweis auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung der letzten Monate genügt schon, um den Streik der Metallarbeiter als Glied der Kette dieser Entwicklung sichtbar zu machen.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben die Dämme weggerissen, um der mörderischen Offensive des Kapitals freie Bahn zu schaffen. Die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung, ihre Steuerpolitik, ihr schließlicher Austritt aus der Regierung, um durch „Opposition“ die Politik der Großbourgeoisie zu decken, das alles diente einem Ziel: der völligen wirtschaftlichen und politischen Niederdrückung des Proletariats. Daran lassen sie ja selbst gar keinen Zweifel! Die „Notverordnungen“ sollen nun Gesetz werden. Der „Verfassungsbruch“ wird heilig gesprochen. Das „Programm“ der Stahlhelmregierung ist ihnen so teuer, daß sie selbst vor dem Gedanken eines Mißtrauensvotums zittern. Man geht ja so weit, selbst einzugehen, daß sie eigentlich im alten Reichstag zu wenig „toleriert“ hätten. Sie wollen das nun noch nachholen.

Ihre „Wirtschaftstheorie“ zeigt ihre praktischen Konsequenzen. Der Quatsch, daß durch „Schaffung von Kaufkraft“ in Gestalt von höheren Löhnen die Wirtschaftskrise überwunden werden könnte, hat ja längst, selbst als dummer Witz, jeden Reiz verloren. Demnach brauchte die Brüning-Regierung ja nur beliebig viel Geld drücken zu lassen, um „Kaufkraft“ unter die Leute zu bringen. Trotz dieses dummen Witzes bankrotter Politiker hören die Schornsteine auf zu rauchen, wenn der Profit in Gefahr gerät. Der Profit jedoch gerät in Gefahr infolge der Disharmonie zwischen Weltmarkt und Weltproduktion. Das Überangebot an Waren brachte die Produktion zum Stocken. Banken krachten, Kartelle platzten, Preissturz setzten sich durch trotz Schutzpolitik und trotz Monopolverwaltung. Kein Mensch will mit Verlust verkaufen, doch die Aktien sinken. Die Panik setzt ein. Das Kapital flieht vor der Produktion zurück; die „Vertrauenskrise“ geistert im Lande umher.

Da begann der Streik, ob erst die Waren, oder erst die Löhne abzubauen seien. Der Druck der Verhältnisse zwingt letzten Endes doch mit „Verlust“ zu verkaufen. Die kapitalistische Regierung springt in die Bresche, wirft den Agrariern Millionen hin, bereitet die „Entlastung“ der Wirtschaft durch Steuerbefreiung, Befreiung von „Soziallasten“ vor. Es reicht alles noch nicht. Die Löhne müssen auch direkt abgebaut werden. Die Demokratie ist unerbittlich. Der Profit muß gerettet werden. In Oeynhaus wurde der Anfang gemacht. Doch die moralische Auswirkung eines gelungenen Angriffs von den Monopolen der großen demokratischen Profitmühle ist größer. Die Schlichtungsorganisation, dieses von allen Gewerkschaftsbunzen über den grünen Klee gelobte Prachtstück demokratischer Errungenschaft ist der Hebel.

Die Frage erhebt sich nun: Was wohl werden wird, wenn der Lohnabbau durch „Verbindlichkeitsklärung“ Gesetz wird. Werden die Gewerkschaften einen „antizensitlichen“ Streik führen? Wer lacht da! — Die machen das ganz anders. Die werden verhandeln, und man ist sich heute schon darüber einig, daß die Unternehmer ein paar Prozent ablassen werden. Der „Erfolg“ ist dann da. Die übriggebliebenen Prozente kommen auf

Aus dem weiteren Inhalt heben wir hervor:

- Die Wirtschaftskrise in England und ihre politischen Konsequenzen
- Die Diskontinuität
- Das Mittel der bedruckten Antwort der Massen
- „Kampf“ und „Marsch“ der SPD
- Die „Solidarität der Not“
- Friedens

Konto der „ungünstigen Kampfsituation“ infolge der Wirtschaftskrise. Durch Aushungerung der Metallarbeiter wird eine gefügige Minderheit gezüchtet, die die Zahl der Streikbereiten unter einer Dreiviertelmehrheit herabdrückt. Dann ist die gesetzliche Handhabe zum Weiterstreiken nicht mehr da. — Schade!

Dann ist der Bann gebrochen. Die Metallarbeiter sind zermüdet, die moralische Wirkung auf das übrige Proletariat macht sich bemerkbar. Der Staatsapparat stößt nach der Segen der Wirtschaftsdemokratie in Gestalt der Handhabung der Schlichtungsordnung ergreift sich über alle Kategorien der Arbeiterklasse.

Maß das so sein? Das wird so lange so sein, als sich die Metallarbeiter an den Phrasen lächerlicher Fatken herauslassen. So lange sie sich von Leuten an der Nase herumführen lassen, die eingeständenermaßen die Geschäfte des Kapitalismus besorgen, die bei der mörderischen Offensive des Kapitalismus darauf sinnen, wie sie die Regierung des Kapitals vor dem Sturz bewahren. Das wird so lange so sein, als die Arbeiter nicht begreifen, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zu einem Arm der kapitalistischen Staatsmaschine gegen das Proletariat geworden sind.

Und so lange die Arbeiter das nicht begreifen, kann auch die KPD, vom „Kampf“, und nach der Niederlage von „Vertrauen“ brüllen; denn so lange die Arbeiter diese Zusammenhänge nicht sehen, sehen sie auch nicht, daß im Zeitalter der ausweglosen Krise des Kapitalismus ein Teilstreik einer beliebigen Branche zum Scheitern verurteilt ist, weil ein solcher Kampf immer darauf hinausläuft, wer von beiden Parteien am längsten hungern kann; die Kapitalisten oder die Arbeiter. Da nützen keine blechern Phrasen. Der Rohleugere Streik in Berlin — um nur auf ein charakteristisches Beispiel der letzten Zeit hinzuweisen — besagt zur Genüge, daß die Wirkung der Arbeitsverweigerung einer Berufsgruppe gegen die organisierte Macht des Kapitalismus nicht aufkommt.

Es handelt sich darum, auch die organisatorischen Voraussetzungen für diesen Kampf zu schaffen. Die „Rote Gewerkschaftsopposition“, das ist nicht Hund und nicht Sau, das ist nicht gehauen und nicht geschossen, das ist überhaupt nichts, das ist eine lächerliche Phrase! Die KPD will nicht die Revolution, denn sie scheut die konsequente Trennung von der Konterrevolution wie der Teufel das Weihwasser. Sie will nicht die Erkenntnis des revolutionären Proletariats, daß neue Formen der revolutionären Aktion auf anderen organisatorischen und ideologischen Fundamenten ruhen müssen. Sie will den billigen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Radikalismus. Sie will die Legalität ihres Parteiparates.

Ein erfolgreicher Kampf des Proletariats als Klasse! Es handelt sich nicht um Metallarbeiter, oder Schuster, oder Textilproleten. Es handelt sich um den Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Kapital, zwischen Kapitalismus und Sozialismus!

Es handelt sich darum, auch die organisatorischen Voraussetzungen für diesen Kampf zu schaffen. Die „Rote Gewerkschaftsopposition“, das ist nicht Hund und nicht Sau, das ist nicht gehauen und nicht geschossen, das ist überhaupt nichts, das ist eine lächerliche Phrase! Die KPD will nicht die Revolution, denn sie scheut die konsequente Trennung von der Konterrevolution wie der Teufel das Weihwasser. Sie will nicht die Erkenntnis des revolutionären Proletariats, daß neue Formen der revolutionären Aktion auf anderen organisatorischen und ideologischen Fundamenten ruhen müssen. Sie will den billigen parlamentarisch-gewerkschaftlichen Radikalismus. Sie will die Legalität ihres Parteiparates.

Den Arbeitern selbst wird es liegen, ob sie auch den Streik der Berliner Metallarbeiter benutzen wollen, um diese Voraussetzungen zu schaffen für eine wirksame Gegenwehr der proletarischen Klasse. Sie selbst müssen das Proletariat mobilisieren; die ungeheure Gefahr, die Zusammenhänge aufzuzeigen, mit selbstgewählten Kampforganen nicht einen ruhigen Streik führen mit dem Pappschild um den Hals, sondern offen kämpfen gegen die

Die Demokratie marschiert!

Die Weltwirtschaftskrise hat mit ihren Auswirkungen in der gesamten kapitalistischen Welt zu einer Gefährdung der bürgerlichen Demokratie geführt. Die sozialdemokratisch und zwerkschaftlich orientierte Arbeiterschaft hatte in der Vorkriegs- und in der Nachkriegszeit für die Eroberung und für die Aufrechterhaltung der Demokratie gekämpft. Auf diesem Boden der Demokratie hatten sich die großen Arbeiterorganisationen entwickelt. Durch außerparlamentarische Mittel hatte sich die Arbeiterschaft oft genug die formale Gleichberechtigung mit der Bourgeoisie, die freie Entwicklung ihrer Organisation durchsetzen müssen. Die Bourgeoisie wurde durch diese Kämpfe zu erheblichen Zugeständnissen gezwungen. Es gelang ihr aber immer noch im Anfang durch ihre außerparlamentarischen Machtmittel, sich die parlamentarische Herrschaft zu sichern. Mit der steigenden Konzentration des Kapitals erfolgte eine immer größere Proletarisierung der gesamten Bevölkerung, von der die Arbeiterorganisationen im starken Umfang profitierten. Insbesondere war die Bourgeoisie nicht mehr in der Lage, gegen die Arbeiterschaft zu reagieren. Sie wechselte dann ihre Einstellung unter dem Druck der Verhältnisse und unter dem Aufmarsch der Arbeiteralotie. Es gelang ihr, zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem reformistischen eingestellten Teil der Arbeiterschaft zu kommen. Diese Arbeitsgemeinschaft wurde eine besondere Notwendigkeit, als das Kapital durch den monopolistischen Charakter, welchen seine Wirtschaft angenommen hatte, zur Durchführung der sogenannten Rationalisierung gezwungen war. Mit der dadurch hervorgerufenen Erweiterung der Produktionskapazität erweiterte sich auch die Widersprüche der Reproduktion. Es entstand eine immer wachsende strukturelle Arbeitslosigkeit.

Das Kapital versuchte durch künstliche Arbeitslosigkeit, den Zusammenbruch herauszuögern, bis er sich jetzt mit voller Wucht entloh. Die Arbeitslosigkeit, die Verzweiflung der Massen der Bevölkerung, richtete sich gegen das kapitalistische System. „*Ende aus ihren Ausdrücken in der Zusammensetzung des Parlaments. Es wurde dadurch zu einem zweifelhaften Herrschaftsinstrument für die Bourgeoisie. War der aufsteigende Kapitalismus noch in der Lage, mit Hilfe der formalen Demokratie die Unterdrückung der Arbeiterschaft durchzuführen und die Arbeiterschaft zu beherrschen, so hörte dies beim Einsetzen der Krise auf. Die herrschende Klasse brauchte nicht mehr die Demokratie und das Parlament. Sie hatte in der Zwischenzeit gewaltige außerparlamentarische Organisationen zur Niederhaltung und Zersetzung der Arbeiterschaft geschaffen, mit der Hilfe, die bereits das Schwergewicht ihrer Herrschaft neu handiert hatte. Sie brauchte nicht mehr die parlamentarische Kollise zur Verdeckung der Tatsache, daß das Parlament nur ein Interessenhandwerk war. Die Herrschaft der Wirtschaft über das Parlament war so offensichtlich, daß eine völlige Entwertung des parlamentarischen Systems bei allen Bevölkerungsschichten eintrat. Lediglich die bisherigen Nutznießer des Parlamentarismus, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, traten für die Erhaltung des Parlaments ein. Sie hatten sich damit in ihrer gesamten Struktur auf das Parlament und auf den bürgerlichen Staat gelegt, daß sie vollkommen verlor hatten, außerparlamentarisch zu kämpfen. Aus diesem Grunde wurde der außerparlamentarische Kampf, von welcher Seite er auch geführt wurde, eine außerordentliche Gefahr für ihre Position. Ihr Nuparlamentarismus hatte gegen die revolutionäre Arbeiterschaft als die stärkste Gefahr gegen die staatlichen Machtmittel wunden und wunden müßen, wurden sie zum Schlachttier, der auf Seiten der Bourgeoisie bzw. von der Bourgeoisie stehenden faschistischen Organisationen.*

Diese Entwicklung war nicht nur in Deutschland, sondern konterrevolutionären Gewerkschaften und ihre Zuhälter, für die Aktion der Klasse.

Nur so kann die Front endlich angeordnet werden, und nur so können die Fundamente der Klassenorganisation, die Betriebsorganisationen entstehen. Nur so kann das Proletariat den toten Punkt überwinden. Nur so wird auch eine Niederlage eine Etappe zum endlichen Siege sein.